

Politische Eliten und parlamentarische Demokratie in Rumänien – ein Oxymoron

von Peter Ulrich Weiß, Potsdam

Die Ursachen für die derzeitige umfassende Gesellschaftskrise in Rumänien sind in großem Maß hausgemacht. Einen wesentlichen Anteil daran haben die neuen politischen Eliten und ihr (Fehl-) Verhalten. Sie verkennen oder mißachten ihre herausragende Bedeutung für den Erfolg der ökonomischen und sozio-politischen Neugestaltung in einem traditionellen Agrarland, in dem alle vorangegangenen Modernisierungsschübe unter der Führung einer urbanen politischen Elite „von oben nach unten“ realisiert wurden.

Die entstandene Situation soll im folgenden nicht nur kurz beschrieben, sondern auch durch konkrete Beispiele illustriert werden.

Das Vielparteiensystem

Der Prozeß der Auflösung der organisatorisch-ideologischen Strukturen der Ceausescu-Diktatur hatte zwei grundsätzliche Folgen für die neu entstandene Parteienlandschaft:

1. eine quantitative Parteienexplosion,
2. eine ideologische Identitätskrise.

Ein exzessives Vielparteiensystem und ein formaler politischer Pluralismus bestimmten das Niveau der neuen Ordnung. Die große Anzahl der Parteibildungen war ein Phänomen der ersten nachrevolutionären Stunde und wurde durch das viel kritisierte Wahlgesetz vom März 1990 eher bestätigt als gefördert. Diese Entwicklung, trotz Klausel-Einführung und verschärfter Gründungsbestimmungen, hat sich in den folgenden Jahren nur geringfügig verändert. An den ersten Wahlen 1990 nahmen 80, den zweiten 1992 144 und den letzten 1996 noch 48 Parteien teil. Aus den Wahlergebnissen kann man erkennen, daß mit sinkender Zahl der parlamentarischen Parteien und

Bündnisse eine ausgeglichene Sitz- und damit Machtverteilung stattgefunden hat (1990: von 27 Fraktionen hatten 9 mehr als 1%, 1992: von 20 hatten 7 Fraktionen mehr als 3%, 1996: von 21 Fraktionen hatten 6 mehr als 3%). Während 1990 die „alte Einheitspartei von einer Hegemonialpartei“ (A.U. Gabanyi) abgelöst wurde, erzwang erst 1992 die fehlende absolute Mehrheit der KP-Nachfolgepartei Demokratische Front der Nationalen Rettung FDSN (später Partei der Sozialen Demokratie Rumäniens PDSR) die Bildung einer Koalition und damit die Praktizierung parlamentarischer Demokratie. Der eigentliche politisch-ideologische Paradigmenwechsel fand aber erst durch die Novemberwahlen 1996 statt, als die Demokratische Konvention Rumäniens CDR im Bündnis mit anderen Parteien gegen die regierende PDSR die Parlamentsmehrheit erringen konnte. Damit wurde eine Tradition seit dem Ersten Weltkrieg gebrochen, wonach bei den Wahlen immer die Regierungspartei als Sieger hervorging (die einzige Ausnahme im Dezember 1937 blieb mit der Errichtung der Königsdiktatur Carols II. wirkungslos).

Diese scheinbare parlamentarische Demokratisierung und generelle Verdichtung auf sechs politische Parteien und Bündnisse blieb in der Realität nur relativ. Allein die CDR setzte sich 1996 aus sechs Parteien und Organisationen zusammen (1992 waren es 19). Der zweite Partner, die Sozialdemokratische Union USD, aus der Demokratischen Partei PD und der Sozialdemokratischen Partei PSDR bestehend, und der verbündete Ungarnverband UDMR ließen die Regierungskoalition des neuen Premiers Ciorbea auf neun politische Formationen anwachsen. Die Vorgängerregierung Văcăroiu setzte sich dagegen aus dem losen Zusammenschluß von vier Parteien zusammen. Ciorbea verteilte die 25 Minister- und Staatssekretärposten auf sechs Parteien, Văcăroiu nur auf zwei,

wobei er eine große Anzahl „unabhängiger“ Minister benannte. Die Parteienausdünnung im Parlament ging mit einer Verdichtung im Regierungskabinett einher.

Programmatische Leere, fehlende Profile

Die erste Phase der Wiedererrichtung der Demokratie wurde dominiert von einer ideologischen „Desintoxikation“ und einem politisch determinierten Merkantilismus der Parteien. Auf der einen Seite gab es die erklärte Intention, regieren zu wollen, auf der anderen verzichtete man auf theoretisch-doktrinaire Ausrichtungen. Die Parteiprogramme waren ein Konglomerat aus Populismus, konfuser Theorie, heterogenen und sogar widersprüchlichen Werten und Prinzipien, angereichert mit gegensätzlichen Aussagen über zentrale und sektorielle Politik. Durch eine erklärte Angst vor Extremen entstand ein ideologischer Stau im Zentrum – fast alle Parteien definierten sich als solche der Mitte.

Nach den ersten Maiwahlen 1990 änderte sich das Bild nicht wesentlich. Die Struktur des politischen Systems ergab sich nicht aus Doktrinen, Programmen oder Ideologien, sondern aus der Beziehung der Parteien zur Regierung (Steilnahme), also nur der Achse Macht – Opposition. Charakteristisch für Parteiprogramme blieb, daß sie in erster Linie an den vermeintlichen, momentanen Wünschen der Wähler und nicht an Parteileitsätzen ausgerichtet waren, so daß sie in der Folge fast identisch waren. Ein Vergleich der Programme der im Parlament vertretenen Parteien zeigte bis 1996 folgende gemeinsame Punkte: Wandel zur Marktwirtschaft, politische Demokratie, Integration in Europa und in die NATO, Stimulierung westlicher Investoren, Kampf gegen Korruption, Aufbau einer neuen Administration, Kredite und Subventionen für die Bauern, Steuerermäßigungen für Unternehmer, Indexierung der Gehälter für die Arbeiter, Arbeitsplätze und Baukredite für die Jugend, Pensionen und Unterstützungen für Frauen, Alte und Kranke.

In der Gesellschaft haben diese Programme jedoch weder eine große praktisch-politische Bedeutung, noch übt ihre theoretische (In-) Kohärenz einen großen Einfluß auf die Optionen der Wählerschaft aus. Eine erklärte Identität einer Partei ist für den Wähler kaum ein Argument, denn sowohl der Wahlkampf als auch die Strukturen einer Partei sind in Rumänien auf einzelne Persönlichkeiten bzw. Führer ausgerichtet. Hieraus erklärt sich auch die vielbesprochene „Führungsmanie“ mit der zusammengehenden „Spaltkrankheit“ – Faktoren, die politische Instabilität nach sich ziehen. Die inner- und zwischenparteilichen Entscheidungen hängen stark von den interpersonellen Beziehungen der Parteichefs ab. Beispiele dafür sind die Spaltung der regierenden Front der Nationalen Rettung FSN 1991, der Austritt der Nationalliberalen Partei PNL aus der CDR 1992, die Auflösung der Regierungskoalition unter Premier Văcăroiu 1996, der Sturz seines Nachfolgers Victor Ciorbeas 1998.

Aber nicht nur Parteien haben Schwierigkeiten, ihre Zugehörigkeit zu formulieren und sich ein politisches Profil zu geben, auch in Regierungskabinetten können die politischen Bindungen unklar bleiben, besonders wenn ihnen viele sogenannte Parteilose angehören. Die Premiers Stolojan und Văcăroiu (beide waren im ehemaligen KP-Mittelbau) galten in ihrer Amtszeit von 1991–1996 als politisch unabhängig, obwohl sie im wesentlichen von der Gunst der PDSR abhingen. Im Sommer 1994 „entlarvte“ man zwei unabhängige Minister als Mitglieder der nationalistischen Rumänenpartei PUNR. 1996 rangen sich erst kurz vor den Parlamentswahlen wichtige, langjährige Funktionsträger ihr Zugehörigkeitsbekenntnis ab und traten einer Partei bei: Außenminister Meleşcanu und Premier Văcăroiu der PDSR, der Bukarester Bürgermeister Ciorbea und der Präsident der CDR, Constantinescu der Christlich-Demokratischen Bauernpartei.

Machtverhalten und Wahlmandat

Rumänische Abgeordnete betrachten sich selten als Vertreter eines Wählerauftrages oder einer bestimmten Doktrin, sondern höchstens einer Partei als Organisation. So stellen anvertraute Wahlmandate kein Problem für häufige Partei- oder Koalitionstrennungen bzw. -überläufe dar. Im Juni 1998 trafen sich in aller Öffentlichkeit die Delegationen der PD, zweitstärkster Koalitionspartner in der Regierung, und der PDSR, derzeitige stärkste Oppositionspartei, um die Bildung eines „zukünftigen sozialdemokratischen Pols“ zu erörtern. Tage später stimmte die PD zusammen mit anderen Oppositionsparteien (gegen den Willen der Regierung) für ein Gesetz, das die Rückgabe von Staatsbetrieben an ihre ursprünglichen Eigentümer verhindert. Ein anderes Beispiel gibt der Minister für Jugend und Sport, Crin Antonescu. Er war bis 1993 Abgeordneter der Bürgerallianzpartei PAC, bevor er als Gründungsmitglied in den Vorstand der Liberalenpartei PL'93 wechselte, um sich 1994 zum unabhängigen Abgeordneten zu erklären, 1995 die neue Liberalenformation PLD zu gründen und dann 1998 als Minister der Fraktion der Nationalliberalen Partei PNL in die Regierung von Premier Radu Vasile einzutreten.

Zur Durchsetzung persönlicher oder überparteilicher Ambitionen werden politische Druckmittel (öffentliche Drohungen, Rücktrittsforderungen oder -erklärungen etc.) inflationär eingesetzt. Dabei wird deutlich, daß es in Rumänien kaum verbindliche Regeln politischer Kultur gibt und provozierte Staatskrisen von den politischen Akteuren in Kauf genommen werden. Der Machthunger und Geltungsanspruch einzelner macht die politische Bühne zur „Spielwiese“ persönlicher Interessen. Dabei stellt sich heraus, daß es keine übergreifende parlamentarische oder gesellschaftliche Moralinstanz (Zivilgesellschaft) gibt, die eine gewisse Kontrolle ausüben bzw. Grenzen setzen kann. So konnten politische Odysseen und „Verirrunge“ wie die des bekannten Geschäftsmanns und Senators der PNL, Viorel Cataramă, stattfinden. 1991 war

dieser zunächst Mitglied der Parteiabspaltung PNL-AT, dann trat er in die Führung der neu gegründeten Liberalenpartei NPL ein und wurde nach der Fusion mit der PLN im April 1993 deren Vizepräsident. Schon im September trat er wegen innerparteilicher Klagen zurück, eine Handlung, die er jedoch kurz danach wieder rückgängig machte, um dann im Oktober 1995 seine Demission einzureichen und sie wenig später erneut zu annullieren. Ende 1995 kündigte er an, nicht für die Novemberwahlen 1996 zu kandidieren. Dennoch war er nach einer kurzen „Bedenkpause“ auf der Wahlliste der PNL nominiert. Im April 1998, nachdem die Parteileitung für das neue Kabinett von Radu Vasile D. Dăianu den Vorzug für den Posten des Transportministers gegeben hatte, gab Cataramă in der Presse den Rücktritt von seinen Parteikollegen bekannt.

Die monatelange Regierungsblockade im Frühjahr 1998, initiiert vom Koalitionspartner PD, war dezidiert gegen die Person und den Führungsstil des damaligen Premiers Victor Ciorbea und nicht gegen die Regierungspolitik oder gegen Ciorbeas Partei, die PNTCD, gerichtet. Der äußere Stein des Anstoßes, das Haushaltsbudget, wurde nach seinem Sturz fast unverändert, aber mit sechsmonatiger Verspätung verabschiedet. Die Staatsanwaltschaft gab im Juni 1998 bekannt, daß „Stapel“ von Prozeßakten gegen hohe und höchste Repräsentanten wegen Beleidigungen, Verleumdungen, Unterminierung der Wirtschaft u.a. vorlägen, darunter gegen: R. Berceanu (Industrie- und Kommerzminister der PD), I. Iliescu (ehemaliger Staatspräsident und Vorsitzender der PDSR), A. Năstase (Vizepräsident des Parlaments, PDSR-Mitglied), P. Roman (PD-Vorsitzender und Senatspräsident), T. Băsescu (Transportminister der PD), C. V. Tudor (Vorsitzende der Partei Großrumäniens PMR).

Wenn man die Häufigkeit parteiinterner und -externer Konflikte, Spaltungen und Regierungsumbildungen bedenkt, wird man wiederum über das „Beharrungsvermögen“ und die machtbewußte Kontinuität einiger Politikerkarrieren erstaunt sein. Traian Băsescu (PD) war bzw. ist bereits unter vier verschiedenen Regierungen an der Spitze des Transportministeriums, wobei dieser Umstand angesichts einiger Skandale nicht unbedingt auf eine erfolgreiche Politik zurückzuführen ist. Er löste im Frühjahr 1998 die Regierungskrise und damit den Sturz Ciorbeas aus. Victor Babiuc war unter Premier Roman als Justizminister, unter Stolojan als Innenminister und unter Ciorbea und Vasile als Verteidigungsminister tätig.

Das Regierungsdefizit

Die Zeit der „Ära Iliescu“ (1989–1996) war von einem beständigen Kampf um die Vergabe oder Bewahrung des sozialistischen Erbes charakterisiert. Ein Kampf, der schließlich zugunsten der alten Administration, die die Kontrolle über die Hauptressourcen der Macht und ihre Verteilung beibehalten konnte, entschieden wurde. Die

fallimentäre sozialistische Industrieproduktion wurde unter gewaltigen Verlusten aufrechterhalten. Die drastische, kontinuierliche Verschlechterung des Lebensniveaus der Bevölkerung ist in erster Linie aber nicht auf die Folgen der ökonomischen Umstrukturierung, sondern auf die jahrelang verweigerten Erneuerungen zurückzuführen, die schließlich zu einem enormen Reformstau führten.

Spätestens ab 1991 wurde schon deutlich, daß die vielversprechend klingenden Wechsel, Modifikationen, Maßnahmen und Reformansätze der Regierung nur Oberflächenaktionismus darstellten. Sowohl die Regierungen Roman und Stolojan als auch Văcăroiu, die lauthals die Last des kommunistischen Erbes beklagten, verbrauchten kostbare Zeit mit „Umstrukturierungen“, Verwaltungsreformen oder legislativen Änderungen und Zusätzen. Allein zwischen 1990–1994 wurden das Industrie-, Transport-, Gesundheits-, Arbeits- und Sozialministerium jeweils dreimal, das Landwirtschafts- und Ernährungsministerium zweimal re- oder umorganisiert. Zusätzlich wird die Regierungsarbeit durch eine „feudale Mentalität“ beeinträchtigt. Die Minister verfügen über volle Souveränität und unterstehen kaum einer Kontrolle. Auch die bisherigen sechs Regierungs- und häufigen Ministerwechsel bremsen nachhaltig das Funktionieren der Institutionen (allein Premier Văcăroiu änderte dreimal sein Kabinett). Das Haushaltsbudget für 1998 konnte infolge der Regierungskrise erst am 26. Mai 1998 verabschiedet werden. Viele Jahresprojekte, Reformmaßnahmen und Institutionen waren gar nicht erst angelaufen bzw. gestoppt oder arbeitsunfähig gemacht worden. Die Folge ist ein seit 1990 anhaltendes Regierungsdefizit im Sinn von wirkungsloser oder sogar fehlender Tätigkeit. So verwundert es nicht, wenn in den jährlich ermittelten Meinungsbarometern die befragten Rumänen konstant die Arbeit der Institutionen Armee und Kirche mit über 90% als sehr gut bzw. gut, die der Regierung und des Parlaments dagegen mit etwa 70% als schlecht bzw. sehr schlecht einschätzen.

Fazit

Den politischen Eliten in Rumänien ist es nach 1989 nicht gelungen, ihren Zustand der Spaltung und Konsensunfähigkeit zu überwinden. Eine sichtbar vorherrschende Perspektive der Modernisierung, der Institutionen (Funktionieren stabilitätssichernder Institutionen) und auf der Ebene des Bewußtseins, ausgedrückt in einem demokratieangepaßten Verhaltenskodex der politischen Akteure, ist kaum erkennbar. Statt dessen hat sich eine oligarche Führungsschicht etabliert, die den Prozeß der begonnenen Demokratisierung auf der formalen Ebene erstarren und so den neuen Parlamentarismus und seine Institutionen in der Bevölkerung unpopulär werden läßt. Der bereits begonnene Vertrauensentzug wiegt nach der sogenannten „Zweiten Wende“ im November 1996 besonders schwer. Man kann die politische Gegenwart mit der der italienischen Nachkriegszeit vergleichen oder behaupten,

sie knüpfe etwa dort an, wo sie 1938 aufgehört hat, gewiß ist: Wenn sich die politischen Eliten weiterhin als unfähig oder desinteressiert erweisen sollten, sich in eine konsensuelle Führungskraft des Landes zu verwandeln, weiterhin in der Öffentlichkeit nach den Regeln der Konfrontation handeln und ihre Rolle als ein Spiel ohne Kosten betrachten, wird sich Rumänien nicht mehr mit Mitteln der Demokratie aus dem Circulus vitiosus von po-

litischer Instabilität und wirtschaftlicher Armut befreien können.

Der vorliegende Beitrag entstand aus Auszügen eines zeit-historischen Projektes, das im Rahmen eines DAAD-Forschungsstipendium in Bukarest 1997/98 durchgeführt wurde

Peter Ulrich Weiß ist Magstrand im Fach Geschichte an der Universität Potsdam.